

## Zehn Jahre länger – Belgien beschließt den Ausstieg vom Atomausstieg

Welt, 11.01.2023, Michael Gassmann

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus243129493/Atomkraft-Belgien-beschliesst-den-Ausstieg-vom-Ausstieg-zehn-Jahre-laenger.html?sc\\_src=email\\_3599500&sc\\_lid=360385840&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_lid=5340&sc\\_cid=3599500&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc\\_eh=94c824e22aa172ca1](https://www.welt.de/wirtschaft/plus243129493/Atomkraft-Belgien-beschliesst-den-Ausstieg-vom-Ausstieg-zehn-Jahre-laenger.html?sc_src=email_3599500&sc_lid=360385840&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=5340&sc_cid=3599500&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1)

Um die drohende Stromversorgungskrise abzuwenden, haben sich die belgische Regierung und der Versorger Engie auf eine Laufzeitverlängerung von zehn Jahren für zwei Atommeiler geeinigt. Das entscheidende Problem ist indes aufgeschoben. Kritik kommt auch aus Deutschland.

Erst ein Vierteljahr ist es her, da war sich Jan Vande Putte noch sicher: „Das ist der Lauf der Geschichte – die Kernkraft ist am Ende“, sagte der Chef der Greenpeace-Kampagne gegen die Nuklearenergie in Belgien im September, als die Brüsseler Regierung einen pannenträchtigen Reaktorblock im Hafen von Antwerpen vom Netz nahm.

Doch Putte irrte. Jetzt hat sich die belgische Regierung mit dem Energiekonzern Engie in letzter Minute darauf geeinigt, die Kernkraftwerke Tihange 3 und Doel 4 zehn Jahre länger als geplant laufen zu lassen, um eine drohende Stromversorgungskrise im Land zu verhindern. „Die Arbeiten können morgen beginnen“, triumphierte Regierungschef Alexander van de Croo bei der Vorstellung des Vertrags.

Eigentlich wollte Belgien Europas Vorreiter in Sachen Ausstieg sein. Schon 2003 hatte das Land sich gesetzlich darauf festgelegt, doch die Umsetzung zog sich endlos.

Noch 2021 stammte mehr als die Hälfte des landesweit erzeugten Stroms aus Kernkraftwerken. Derzeit sind an den beiden Standorten Tihange und Doel noch sechs Meiler am Netz, ein siebter – Doel 3 – wurde letzten Herbst abgeschaltet.

Doch der Ukraine-Krieg sorgte, wie in Deutschland, für ein Umdenken. Während die Bundesrepublik die Nutzung der Kernkraft allerdings gerade einmal um dreieinhalb Monate verlängert, sind es in Belgien gleich 120 Monate mehr.

Der Industrieverband VBO zeigte sich erleichtert. „Dank dieser Vereinbarung erhalten die Unternehmen die Aussicht auf einen ausgewogenen, leistungsfähigen und CO<sub>2</sub>-armen Energiemix“, sagte Verbandschef Peter Timmermans.

### *Kritik von Umweltorganisationen*

Umweltorganisationen lassen dagegen kein gutes Haar an dem Kompromiss. Statt in Wind- und Solarenergie zu investieren, werde Geld für eine veraltetete Technologie verschwendet, sagte eine Sprecherin der Lobbyorganisation Bond Beter Leefmilieu (Bund für eine bessere Lebensumwelt).

Greenpeace monierte, den Steuerzahlern würden potenzielle Milliardenrisiken für Lagerung und Behandlung von Atommüll aufgebürdet. „Obendrein weigert sich Engie noch immer, Garantien für die Stromproduktion zu geben“, monierte Putte.

Politische Gegner der in Brüssel regierenden Sieben-Parteien-Koalition aus Sozialisten, Liberalen und Grünen nutzten die Vereinbarung mit dem Energieversorger ebenfalls für Angriffe auf de Croo. „Zu teuer, zu spät, zu unsicher“, kritisierte Bert Wollants, Abgeordneter und Energieexperte der separatistischen Partei Neue Flämische Allianz (N-VA).

Er hätte gern mehr Kernenergie: „Weil die Regierung de Croo an grünen Dogmen festhält, hat sie nur über zwei Reaktoren verhandelt, obwohl inzwischen fast jedem klar ist, dass wir so viele Kernkraftwerke wie möglich in Betrieb halten sollten.“

Zugleich verlangte er eine Verlängerung der Laufzeiten um 20 Jahre. Politiker des rechtsextremen Vlaams Belang (VB) monierten ebenfalls die Risiken für die Steuerzahler.

Mag der Vertrag mit dem Stromerzeuger auch Mängel aufweisen, so signalisiert er doch Belgiens Ausstieg vom Ausstieg aus der Kernenergie. Anders als Deutschland hält sich die kleine Demokratie in der Mitte Europas damit die Tür zu einer Technologie offen, die von ihren Verfechtern als momentan einzige jederzeit verfügbare und zugleich weitgehend kohlenstofffreie Energieform verteidigt wird.

*Greenpeace-Mitbegründer inzwischen für Kernkraft*

Selbst der Weltklimarat IPCC traute der Atomenergie letztes Jahr in einem Bericht eine Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels zu. Als Greta Thunberg, Ikone der Klimabewegung, den IPCC-Hinweis aufgriff, sorgte sie kurzzeitig für erregte Debatten.

Schon länger spricht sich **Patrick Moore, Mitbegründer von Greenpeace**, für die Nutzung der zivilen Kernkraft aus. Moore und Greenpeace sind inzwischen tief zerstritten.

Die Druckwasserreaktoren Tihange 3 und Doel 4 verfügen über eine elektrische Leistung von jeweils 1000 Megawatt, im Vollbetrieb genug, um jeweils mehr als anderthalb Millionen Haushalte mit Strom zu versorgen. Beide Meiler sind seit 1985 in Betrieb und sollen nach den neuen Plänen bis in die zweite Hälfte der 30er-Jahre laufen.

In Deutschland wird die belgische Kernenergiepolitik seit jeher misstrauisch verfolgt, zumal die Reaktoren als pannen anfällig gelten. Über Vorfälle wie Haarrisse, Brände, Lecks oder marode Betonteile wird immer wieder berichtet.

Für Ängste im Westen Deutschlands sorgt auch die Tatsache, dass der Kernkraft-Standort Tihange nur 60 Kilometer von der deutschen Grenze bei Aachen entfernt liegt. Die Stadt Aachen und die Bundesregierung haben in der Vergangenheit gefordert, die Kernkraftwerke stillzulegen.

Im Jahr 2018 scheiterte die Städteregion Aachen mit einer ihrer Klagen gegen Tihange 2. Der belgische Staatsrat lehnte den Vorstoß aus formalen Gründen ab. Gemeinsam mit Klägern aus Luxemburg und den Niederlanden hatten die Kommunen sich dagegen gewandt, dass der Reaktorblock trotz Haarrissen im Druckbehälter wieder in Betrieb gegangen war.

### *Streit um Kosten für den Atommüll*

Zum Ende der Kernkraft in Belgien wird es mit der zum Wochenbeginn erzielten Vereinbarung voraussichtlich auf absehbare Zeit nicht kommen. Doch zunächst enthält das Papier nur Eckpunkte des weiteren Vorgehens, das einem Poker um die Kosten gleicht.

Im Zentrum stehen die Ausgaben für die Beseitigung des Atommülls. Ein Zeitplan soll nun den Prozess strukturieren. „Im Grund ist nicht mehr als ein Stufenplan abgesprochen worden“, zitiert das Wirtschaftsblatt „De Tijd“ einen Regierungsbeamten.

Erschwerend kommt hinzu, dass kein echtes Vertrauensverhältnis zwischen Stromkonzern und Regierung besteht. Der französisch dominierte Energiegigant Engie Electrabel, über die Tochter Engie Betreiber der belgischen Atommeiler, hatte zuletzt an den steigenden Energiepreisen prächtig verdient.

Der Gewinn schnellte dank steigender Strompreise in den ersten neun Monaten 2022 auf rund sieben Milliarden Euro hoch, fast doppelt so viel wie in der entsprechenden Vorjahreszeit. Rund eine Milliarde davon steuerte die belgische Kernkraft bei.

Doch auf dem Aktienkurs des Giganten lastet seit Jahren die Ungewissheit über die Höhe der Entsorgungsrisiken, die sich im Milliardenbereich bewegen. Auf der anderen Seite steht die Regierung unter Zeitdruck, wenn sie eine akute Stromkrise verhindern will, die zur Mitte des Jahrzehnts droht.

Denn nach bisherigem Stand sollen die meisten Reaktoren ungeachtet des neuen Beschlusses in den nächsten Jahren dicht machen. Im Winter 2025/2026 steht voraussichtlich keinerlei Kernkraft für den belgischen Markt zur Verfügung, selbst wenn der neue Zeitplan eingehalten wird.

### *Belgiens Stromstrategie ging nicht mehr auf*

Bisher wollte die Regierung die Lücke durch Stromimporte und Gaskraftwerke füllen – ein Vorhaben, das sich vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs und der Probleme im französischen Kraftwerkspark als wackelige Strategie erweist.

Die Hoffnungen richten sich darauf, dass die beiden Reaktoren Tihange 3 und Doel 4 zumindest für den Winter 2026/2027 Energie liefern können. Dazu müssen die Vorbereitungen unverzüglich anlaufen, wie der Netzbetreiber Elia bereits warnte.

Der Stromerzeuger Engie hatte Investitionen in die Vorbereitung des Weiterbetriebs bisher mit dem Hinweis auf die offene Entsorgungsrechnung verweigert. Beide Seiten haben auf die Festlegung eines Höchstbetrags geeinigt, der freilich erst noch konkretisiert werden muss. In der Branche wird über eine Summe von 20 Milliarden Euro spekuliert, die auf Engie zukomme. Eine Bestätigung dafür gibt es nicht.

Mehr Klarheit soll in den nächsten Wochen geschaffen werden. Nach dem nun erzielten Grundsatzabkommen sollen sich bis Mitte März Experten aus Verwaltung, der nationalen Nuklearkommission und der Abfallbehörde Niras auf der Basis einer vereinbarten Rechenmethode auf einen konkreten Betrag festlegen.

Ein Jahr später, im März oder April 2024, soll der Vertrag endgültig unter Dach und Fach gebracht werden. Dies könne nur gelingen, wenn Engie die Vorbereitungen bis dahin weit genug vorangetrieben habe, sagen Beobachter.

Aber die Regierung hat ein Druckmittel: Sollte der Konzern trödeln, kommt der Höchstbetrag nicht zum Tragen und das Unternehmen bleibt auf dem Risiko der Entsorgungskosten sitzen, das andernfalls zu einem Teil auf Rechnung des Steuerzahlers geht.

#### *Gemeinschaftsunternehmen für den Kraftwerksbetrieb*

Die Europäische Kommission wird prüfen, ob dies eine verbotene staatliche Subvention darstellen könnte. Erst nach ihrer Zustimmung kann der Plan umgesetzt werden.

Die Idee einer Laufzeitverlängerung für die beiden Reaktorblöcke hatte die Regierung bereits vor einigen Monaten ventiliert, nun nimmt sie konkrete Formen an. Einer schnelleren Umsetzung trotz des drohenden Energienotstands stand wohl auch gegenseitiges Misstrauen im Weg: Beide Seiten sollen auf wasserdichte juristische Formen besonderen Wert gelegt haben.

Für den Weiterbetrieb soll indessen ein gemeinsames Unternehmen mit Namen „NucléaireCo“ gegründet werden, an dem Engie und der belgische Staat jeweils zur Hälfte beteiligt sind. Die Begeisterung scheint mäßig.

Der französische Konzern, so wird spekuliert, sucht bereits nach Möglichkeiten, seine Anteile an einen anderen Kernkraftbetreiber weiterzureichen. Sollte es dazu kommen, wäre dies der Ausstieg des Unternehmens aus der Kernkraft – jedenfalls in seiner belgischen Variante.